



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie I: Umwelt & Klima

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass innerhalb der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (VN) im Themenfeld Umwelt und Klima in Bayern besonderer Handlungsbedarf besteht und bislang ungenutzte Handlungsmöglichkeiten vorliegen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Themenfeld Umwelt und Klima als Transformationsbereich besonders hervorzuheben und die aktuell in der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie enthaltenen Ziele und Maßnahmen wie folgt zu ergänzen:

1. Erneuerbare Energien

Ziel: Durchschnittlich mindestens 170 neue Windkraftanlagen mit einer Leistung von fünf MW pro Jahr.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem die ersatzlose Streichung der 10H-Regel, die zügige Umsetzung des Wind-an-Land-Gesetzes der Bundesregierung, eine bessere personelle Ausstattung der Regionalen Planungsverbände und eine Erhöhung der Zahl der Windkümmerer auf einen Kümmerer pro Landkreis.

2. Wärmewende

Ziel: Ein bis 2040 klimaneutraler Gebäudebestand.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem die Einführung einer kommunalen Wärmeplanung sowie die Erstellung eines Stufenplans für die Sanierung bestehender Gebäude.

3. Flächenfraß

Ziel: Der Flächenverbrauch muss bis 2026 auf maximal 5 Hektar pro Tag reduziert werden. Bis 2050 muss eine Flächenkreislaufwirtschaft etabliert sein.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem die Aufnahme des 5-Hektar-Ziels als verbindliche Vorgabe im Landesplanungsgesetz, eine bessere personelle Ausstattung der Regionalen Planungsverbände und zusätzliches Personal im Bereich Stadt- und Raumplanung, um die Kommunen beim Flächensparen und nachhaltiger Regionalplanung zu unterstützen.

4. Moore

Ziel: Bis zum Jahr 2030 soll auf 50 Prozent der Fläche und bis zum Jahr 2035 schließlich auf 100 Prozent der Fläche mit der Renaturierung der Hochmoore begonnen werden. Bis 2025 soll die Revitalisierung und moorangepasste Nutzung mindestens 20 Prozent, bis 2030 40 Prozent und bis 2035 mindestens 75 Prozent der Fläche der Niedermoore umfassen. Bis zum Jahr 2040 sollen alle Moore wieder vernässt und klimaneutral gestellt sein.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem eine flächendeckende Waldbiotopkartierung, eine Genehmigungspflicht von Grabenräumungen einzuführen und eine Kontrolle von Pegelständen durchzuführen. Die landwirtschaftliche Nutzung von Moorflächen soll nur noch als Dauergrünland und Paludikulturen und vollständiger Ausstieg aus der Torfnutzung durch staatliche Institutionen bis 2025 erfolgen. Bis zum Jahr 2025 soll die Bewirtschaftung aller staatlichen Moorflächen komplett in eine moorangepasste Nutzung oder als nutzungsfreie Natur- und Klimaschutzfläche umgewandelt werden und die Entwässerung der Moorflächen der Bayerischen Staatsforsten bis 2025 beendet werden.

5. Ökolandbau

Ziel: Eine langfristig ökologische Landwirtschaft und als Zwischenschritt die Halbierung des Einsatzes von chemisch-synthetischen Pestiziden bis zum Jahr 2030.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag die Erstellung eines Pestizid-Minimierungsprogramms, Ausbau der Forschung zu Agrarökologie, sofortiger Verzicht auf Pestizide auf öffentlichen Flächen sowie stufenweise 100 Prozent Bio in Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Justizvollzugsanstalten und Betriebskantinen.

6. Klimaresiliente Wälder

Ziel: Den Wald in Bayern zügig zu einem gesunden, struktur- und artenreichen Mischwald umzubauen für eine ökologische Waldbewirtschaftung auf ganzer Fläche.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem den Ausbau der Stellen in der Forstverwaltung und den Bayerischen Staatsforsten (BaySF), ein modernes Wildtiermanagement, sowie einen Stopp der Umwandlung von Staatswald in Gewerbegebiete und andere flächenintensive Nutzungsarten zum Rohstoffabbau (z. B. Kies) oder für Deponien.

Begründung:

Umwelt- und Klimaschutz gehören zu den Kernthemen der Agenda 2030. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Sicherung einer intakten Umwelt auch für zukünftige Generationen gehören – wie der Schutz der Natur um ihrer selbst willen – zu den wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Aufgaben. Hier muss die Staatsregierung dringend nachbessern. Der Erhalt der Artenvielfalt ist ebenso wichtig wie die dauerhafte Sicherung, der Schutz und die Pflege der bayerischen Natur und die Ökologisierung der heimischen Landschaft. Der weiterhin viel zu hohe Flächenfraß in Bayern bedroht Tiere und Pflanzen, unsere gewachsenen Kulturlandschaften und unsere Landwirtschaft. Im Jahr 2020 lag der Flächenverbrauch in Bayern bei 11,6 Hektar pro Tag. Mit diesem bundesweiten Spitzenwert verfehlt die Staatsregierung ihr selbst gesetztes 5-Hektar-Ziel bei Weitem. Das ist auch vor dem Hintergrund der Klimakrise fatal, denn die lokalen Klimabedingungen bleiben davon nicht unberührt. Umso wichtiger ist es, dass die Staatsregierung im Umgang mit den natürlichen Ressourcen endlich mehr Weitsicht entwickelt. Auch Kohle, Öl und Erdgas sind endliche Ressourcen. Bayern muss auf saubere Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien setzen und verstärkt die Entwicklung neuer Technologien fördern.